



19. November 2018

Raus aus dem Standby-Modus GdS fordert Verbesserungen für weibliche Beschäftigte



GdS-Frauen bei der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMAS Anette Kramme

In einem Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Anette Kramme am 9. November 2018 in Berlin hat die GdS-Frauenvertretung wirksame Verbesserungen für weibliche Beschäftigte gefordert.

Die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, allerdings bestehen nach wie vor signifikante Geschlechterunterschiede: Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihres Arbeitsvolumens, ihrer Bezahlung und ihrer Anteile in Führungspositionen – und zwar deutlich zum Nachteil der weiblichen Beschäftigten.

Sind in Anbetracht dieser gesellschaftlichen Umwälzungen kleine, schrittartige Anpassungen nicht unzureichend? Gesellschaftliche Arbeit wie Kindererziehung und Pflege (privat wie beruflich) muss viel besser entlohnt werden. Dazu bedarf es einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige ähnlich dem Elterngeld. Dies ist eine Kernforderung der GdS mit ihrer mehrheitlich weiblichen Mitgliedschaft.

Die Staatssekretärin erläuterte, dass beabsichtigt sei, im ersten Schritt einen Demografiefonds einzurichten. Die GdS-Frauen forderten darüber hinaus eine wirkungsgleiche finanzielle Übertragung auf Beamtinnen, insbesondere was die Übertra-

gung der Mütterrente angeht – diese dürfen nicht schlechtergestellt sein als Arbeitnehmerinnen.

Das Thema „Prävention in Zeiten digitaler Arbeitsabläufe und -prozesse“ beschäftigt die GdS sehr intensiv. Deshalb fordern wir von der Politik, sich dieses Themas anzunehmen und vor allem der Überforderung der Menschen an ihren Arbeitsplätzen entgegenzuwirken. Die Pausenkultur ist schlecht, selbst Vorgesetzte verzichten häufig auf die für die Regeneration notwendigen Arbeitsunterbrechungen. Die GdS fordert daher, dieser Unsitte ein Ende zu bereiten, die Sozialversicherung müsse Vorbild für andere Branchen sein. Wenn nicht der öffentliche Dienst, wer dann?

In diesem Zusammenhang haben wir unsere Erfahrungen aus dem Projekt der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zu Arbeitsunterbrechungen und Pausenregelungen ausgetauscht. Aus den Erhebungen ergeben sich wichtige Erkenntnisse zu den gesundheitlichen Folgen von Überbelastung sowohl in körperlicher als auch in seelischer Hinsicht. Zwar werden die vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen der Arbeitsplätze durchgeführt, aber was folgt dann? Eine wirksame Arbeitsschutzstrategie und stärkere Beteiligungsrechte der Personal- und Betriebsräte sind erforderlich, um den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt zu rücken.

Staatssekretärin Kramme erklärte, dass sich das BMAS bereits mit dem Thema beschäftigt und sie sich eine Ausgestaltung nach finnischem Vorbild vorstellen könne. Dort ist die regelmäßige Beratung der Beschäftigten in verpflichtenden Gesundheitszirkeln – selbstverständlich während

der Arbeitszeit – ein erster Schritt. Die Arbeitgeber sollten Geld für die Aufgabe zur Verfügung stellen, das Konzept für die jeweilige Dienststelle gemeinsam mit dem Personalrat beraten und passgenau festlegen.

Die GdS mahnte an, der Zunahme der Wünsche von Beschäftigten nach alternierender Telearbeit Rechnung zu tragen und diese Personengruppe ebenfalls in die Überlegungen einzubeziehen.

Die Staatssekretärin berichtete noch über das Ansinnen der Arbeitgeber nach einer Flexibilisierung der täglichen Höchstarbeitszeit hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Selbstverständlich spielt hier einerseits die flexible und selbstbestimmte Gestaltung der individuellen Arbeit eine Rolle, andererseits wurden von uns aber auch an dieser Stelle der Schutz vor Überforderung und der gesunde Arbeitsplatz angemahnt. Nicht umsonst sollte an Schutzbestimmungen wie Ruhezeiten usw. nicht ohne Not gerüttelt werden. Arbeiten zu nächtlicher Zeit oder anderen ungünstigen Zeiten erteilt die GdS eine klare Absage!

Damit überhaupt eine arbeitnehmer(innen)freundliche Beschäftigung möglich ist, bedürfe es einer flächendeckenden Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten im Schichtbetrieb, gegebenenfalls auch mit Übernachtungsangeboten, und das nicht nur in den Ballungsräumen! Darüber bestand Einigkeit bei den Gesprächspartnerinnen.

GdS Wir kommt weiter

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder per Fax an: (0228) 9 77 61-46

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.



Frau Herr

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (Dienst)

E-Mail (privat)

Telefon

Handy

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Ich wurde geworben durch

Datum | Unterschrift

Mein GdS-Beitrag beträgt 2,50 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Unterschrift